

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: / Landmann Sonntagblatt / und / Musikisches Unterhaltungsblatt. / Bezugspreis: Monatlich für 3 Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. ersetzt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile Petitselle oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenzeile Kleinzeile 40 Pfa., Anzeigenblätter 50 Pfa. / Die Zeitungen sind unentgeltlich an bestimmte Bezugs- und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unentgeltlich beschriebener oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Lausend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Donnerstag, den 3. Dezember 1931

33. Jahrg.

Schuldendebatte und Abrüstung.

Zur gleichen Zeit als die französische Kammer — in Abwesenheit des Außenministers, der am mandatorischen Kompromiß arbeitete — über die französische Außenpolitik debattierte, lagte im Saal der Völkerbündnisorganisation für geistige Zusammenarbeit der große internationale Abrüstungs-Kongreß, der auf jener denkwürdigen Vorkonferenz deutscher, französischer, italienischer, englischer und belgischer Politiker Ende Juni vorbereitet wurde. Dieser Kongreß sollte nicht die Regierungen, die oft genug in Genuß ihre Stimme zur Abrüstungsfrage erhoben und durch die Zusammenarbeit des bekannten, abrüstungsfeindlichen Abkommens-entwurfes bisher in ihrer Wehrzahl leidet gegen die Abrüstung getrieben haben, sondern die Völker durch den Mund der Parlamentarier — zu Wort kommen lassen. Er fand in Paris statt, weil jene Veranstalter glaubten, daß gerade Frankreich die Stimme der Welt in der Abrüstungsfrage hören müsse. „Der 26. und 27. November müßten zur Erziehung der französischen Öffentlichkeit beitragen.“

Dieser Wunsch ist nur zu einem bescheidenen Teil in Erfüllung gegangen. Die französische Öffentlichkeit hat sich, das muß leider gesagt werden, stark von diesem Kongreß zurückgehalten, wenn sie ihn nicht wohlwollend oder zurückhaltend, so doch sehr mit ausnehmender großer Schlußfeier in der morgigen Sonder Paris WZ (er ist 1 Monat fort) und nicht die übrigen, viel weitertragenden Pariser Sonder gedruckt worden, sind, seien ebenfalls in dieser Richtung zu deuten. Daß der Kongreß selber kein einheitliches Bild bieten konnte, war von vorn herein klar, da hier — selbst bei vorausgesetzter grundsätzlicher Abrüstungsüberzeugung — doch sehr viel auseinandergehende Meinungen zu vernehmen waren. Freilich konnte man nicht voraussehen, daß ein Mann wie Painlevé derart einseitig den Standpunkt des französischen Generalstabes und Maginots vertreten würde, wie ihm der junge Pierre Cot selber französischer Abgeordneter, belscheimigte — und noch weniger die bedauerliche und lärmhafte organisierte Söldner der großen Kungebung im Trocadero, die sogar einseitige Unterbrechung notwendig machte.

Dennoch wird diese Kungebung für die Abrüstung ihre Bedeutung und ihren Wert behalten. So klar wie hier ist es noch in Paris ausgeprochen worden, daß die überwiegende Mehrheit des europäischen Kontinents, und mit ihm: der ganzen Welt, die allgemeine, sofortige und gleichzeitige Abrüstung verlangt. Der leidenschaftliche Appell der deutschen Frau Vidlers, die sich an die Frauen der ganzen Welt richtete und verlangte, daß endlich einmal mit der „moralischen Verdrängung ganzer Völker“ ein Ende gemacht werde — die große, ehrliche und zugleich in ihrer Argumentierung sehr geschickte Rede des deutschen Professorenschreibers, die vielleicht der Höhepunkt der ganzen Tagung, die Notwendigkeit der Abrüstung für den Völkerbund, und die Gleichberechtigung aller Staaten, die Befreiung des Ansehens der „Staaten zweiter Klasse“ in Rückführungstragen als Voraussetzung für den Erfolg der Abrüstungskonferenz, die Maßnahmen des Spätkrieges, des Einbürger, des Staates, ebenso wie die überaus interessante Feststellung des belgischen Kollin, daß alle Staaten in der Abrüstungsfrage das Recht auf völlige Gleichstellung haben, — alle diese Einzelheiten geben dem Pariser Kongreß über das Propagandafeld hinaus eine politische Bedeutung. Verpflichtet er auch nicht die Regierungen, so wird das, was hier gesagt worden ist, doch zu mindest von den Regierungen beachtet werden müssen.

War der Kongreß ein „guter Aufsat“ für die Abrüstungskonferenz? Diese Frage kann man nicht unangekündigt bejahen, auch wenn man von der mehr als langweiligen Haltung eines Teiles der französischen „öffentlichen Meinung“ einmal abliest. Denn während der Kongreß, mit Ausnahme gewisser französischer Redner wie Painlevé und Herriot, die Abrüstung — sofort und gleichmäßig — verlangte, sprach der französische Ministerpräsident vor der Kammer über die französische Außenpolitik, ohne das Wort „Abrüstung“ auch nur zu erwähnen; und auch in der nachfolgenden höchst aufschreienden Aussprache wurde kaum über die Abrüstungsfrage gesprochen. Sowohl die Gegenstände auf dem Abrüstungskongreß zwischen Painlevé-Herriot und der Mehrzahl der Delegierten, als auch dieses Nebeneinander einer internationalen Abrüstungs-Kungebung und einer außenpolitischen Kammerdebatte, welche das Abrüstungsproblem vollkommen ignoriert, sind ein Zeichen dafür, daß sich die Dinge mehr und mehr auf eine schicksalsschwere Polarisierung Frankreichs und seiner Heinen europäischen Gesellschaf in der Abrüstungsfrage zuheben. Frankreich geht mit der unangehörigen Verantwortung auf die Abrüstungskonferenz, daß seine Haltung für das Gelingen oder Scheitern dieser wichtigsten Nachkriegsversammlung entscheidend ist. Die letzten Tage ließen jedoch, daß man diese Verantwortung in Paris, jedenfalls bei den amtlichen Leitern der französischen Politik, noch nicht erkannt hat.

Von der Abrüstung ist in der außenpolitischen Debatte der Kammer kaum gesprochen worden; dafür ist jedoch ein Wort gefallen, das uns als eine gefährliche Befürchtung der kommenden Reparations- und Stillhalteverhandlungen erscheint, und das auf eine geradezu verhängnisvolle Lakt der französischen Unterhändler schließen läßt. Dieses Wort, das bisher der deutschen Presse völlig entgangen ist, stammt von Laol selbst. Er antwortete nämlich auf eine Rede Leon Blums: „Wie ich höre, haben einige Redner die Bedeutung der deutschen Auslandsverbindungen unterschätzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die privaten Gläubiger Deutschlands in dieser Richtung eine Lösung für die Frage der privaten deutschen Schulden finden werden!“ (1)

Wenn diese Bemerkung Laols nicht nur ein fähig hingeworfenes Wort — was bei der Wichtigkeit des Gegenstandes kaum anzunehmen ist — sondern eine Direktive für die kommenden Verhandlungen sein soll, so kann man allerdings für die nächste Zukunft und die Verhandlungsbereitschaft Frankreichs nur die düstersten Voraussetzungen machen.

„Verkrüppelung“ des Handels.

Amerikanische Bank über die kurzfristigen Kredite.

London, 2. Dezember.

In der monatlichen Überfahrt der National City Bank of New York heißt es über die kurzfristigen deutschen Kredite, daß von einer Priorität der Kredite gegenüber den Reparationen oder umgekehrt keine Rede sein könne.

Die deutsche Industrie lie für ihren laufenden Bedarf ständig auf kurzfristige Kredite angewiesen. Die fremden Finanzzentren werden diesen Bedarf in sehr beträchtlicher Weise.

Diese Transaktionen bedeuten keinen Nachteil für die übrigen kurzfristigen Gläubiger Deutschlands, da sie auch einem Teil des deutschen Wirtschaftslebens zugute kämen. Es liegt aber auf der Hand, daß die fremden Geldgeber ihre Geschäfte nach eigenem Ermessen vornehmen müssen. Die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel können nur für kurzfristige sich selbst liquidierende Kredite verwendet werden.

Wenn man behaupten würde, daß solche Kredite den langfristigen Krediten untergeordnet oder in langfristige Anleihen verwandelt werden müßten, so würde dies bedeuten, daß kurzfristige Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die Wirkung würde dann sein, den deutschen Handel zum Nachteil aller Gläubiger zu verkrüppeln.

Steuererhöhungen untragbar.

Eine Kundgebung der westdeutschen Wirtschaft.

Düsseldorf, 2. Dezember.

Die Organisationen der westdeutschen Wirtschaft wesen in einer Weltung an den Kanzler mit Entschiedenheit jede Absicht zurück, die Verringerung des Steueraufkommens durch Steuererhöhungen auszugleichen. Steuererhöhungen durch die Reichsregierung sind für die überlastete Wirtschaft nicht mehr tragbar. Gegen jegliche Herausforderung der Umsatzsteuer spricht auch die Tatsache, daß dadurch die von der Reichsregierung angestrebte Senkung des Preisniveaus in höchstem Maße gefährdet wird. Verlangt werden müsse jedoch die Einführung einer Einfuhrzoll- und Umsatzsteuer etwa nach französischem Vorbild unter Schonung des deutschen Einfuhrhandels. Weiterhin wird einmütig abgelehnt die beschlossene Neuregelung der Kapitalertragssteuer.

Die Bedeutung der Siedlung.

Rundfunkvortrag des Reichsarbeitsministers.

Rundfunkvortrag des Reichsarbeitsministers. Der Minister sprach im Rundfunk über die Bedeutung und die Aufgaben der landwirtschaftlichen Siedlung. Der Minister führte u. a. aus: Brachliegende Weidengründe in neuzubauenden Bauernhöfen wieder in den Wirtschaftsprozess einzubeziehen scheint weiten Kreisen heute ein wesentliches Mittel zu sein zur Behebung der Not unseres Volkes. Seit Kriegsende erblickt auch die Reichsregierung hierin eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Für die brennendste Not unseres Volkes, die ungeheure Arbeitslosigkeit, bringt die landwirtschaftliche Siedlung eine fähbare Entlastung. Man kann zwar nicht mit einem Schlag die Siedte von dem arbeitslosen Bevölkerungsüberfluß befreien, inmerhin löst aber die Siedlung der Agrarwirtschaft von Grunde einen fröhlichen Regel vor und erhält die Grundbesitzer von der Scholle.

Die neuen Anhebungen bedeuten ein Ausbleiben von 0,01 A und 0,01 A in der ganzen Umgegend. Besonders Bedeutung sollte der landwirtschaftlichen Siedlung auf dem Gebiete der Agrarpolitik zu. Wir erleben gegenwärtig eine Strukturveränderung des östlichen Agrargebietes. Zahlreiche Großbetriebe seien lebensunfähig geworden, sie müßten durch krisenfestere Bauernwirtschaften ersetzt werden.

Das wesentlichste ist, daß dem Bauerer nicht mehr ein in jeder Beziehung vollkommene Bauernstelle übergeben wird, sondern ihm nur das zur Verfügung gestellt wird, was die Wirtschaftlichkeit einer Stelle in der ersten Lage fordert (Ausbaufähigkeit). Aus eigener Kraft wird sich der Siedler emporarbeiten müssen. Daher sind auch als früher die Siedler mit aller Sorgfalt auszuwählen.

Neue Maispreise ab 1. Dezember.

Berlin, 2. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat beschlossen, die Monopolverkaufspreise für Mais wie folgt festzusetzen:

Für Donaumais auf 155 (bisher 160) RM je Tonne, und für Blau- oder anderen Mais auf 160 (1195) RM je Tonne. Diese Preise gelten für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 16. Januar 1932 einschließlich.

Bei der Neuregelung der Futtergetreidepreise, die am 1. Dezember d. J. in Kraft getreten ist, hat die Reichsregierung in entscheidender Weise darauf Rücksicht genommen, daß der Einfuhrbedarf Deutschlands an Futtergetreide in diesem Jahr größer ist als im vergangenen, und daß die Futtergetreideversorgung der deutschen Tierhaltungen auf einer Preisbasis erfolgen muß, die einer Verfrachtung von Roggen entgegengerichtet. Dementsprechend mußten nachgehend sein für die Neufestsetzung der Monopolverkaufspreise für Mais, die ebenfalls am 1. Dezember d. J. erfolgt ist.

So ist erreicht, daß bei der Gesamtregelung der Preispolitik für Futtergetreide auf das Bedürfnis geachtet wird, den Roggen so weit wie irgend möglich der menschlichen Ernährung vorzubehalten, und daß die Verringerung des zuletzt überzogenen Schweinebestandes einen Verlauf nimmt, der im Interesse einer geordneten Preisgestaltung am Schweinemarkt liegt.

Luther über die Devisenlage.

Seit 31. Juli über eine Milliarde zurückgezahlt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther machte einem amerikanischen Pressevertreter wichtige Mitteilungen über die deutsche Devisenlage. Die unzulängliche Entwicklung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank erklärte sich zum größten Teil aus den vielen Ausnahmen und Käufen des sogenannten Stillhalteabkommens. Die Kreditrückzahlungen betragen vom 31. Juli bis Mitte November erheblich mehr als eine Milliarde RM. Ohne diese Kreditrückzahlungen hätte die Reichsbank statt eines Devisenverlustes von 310 Mill. RM. einen Zugang von 210 Mill. RM. ausweisen können.

Daraus wird deutlich, daß Deutschland in seinem Bekreben, das Außererke zur vollen Erfüllung seiner Schuldverbindlichkeiten zu tun, zur Zeit keine Kräfte überbringt. Deutschlands guter Wille allein kann das Problem nicht lösen. Kein noch so günstiger Deviseneingang könnte auf die Dauer Kreditrückzahlungen im bisherigen Tempo möglich machen!

Verordnung über Zolländerungen.

Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 2. Dezember.

Auf Grund von Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzukunft des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,
2. die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 1 ergeben, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 2 ergeben, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Kürzungen von Ruhegeld.

Aus dem Haushaltsausfluß des Reichstages.

Berlin, 2. Dezember.

Das Pensionsfürsorgegesetz im Entwurf der Reichsregierung war Gegenstand der Beratungen im Haushaltsausfluß des Reichstages. Angenommen wurde die Bestimmung des Entwurfs, nach der ein Ruhegeldempfänger, der im öffentlichen Dienst wiederbeschäftigt wird, kein Ruhegeld nur insoweit erhält, als das neue Einkommen hinter dem Dienstlohn zurückbleibt, aus dem kein Ruhegeld berechnet ist; es sind jedoch örtlich abgestufte Einkommensanteile mit den für die Art der Verwendung nachgehenden Sätzen zu berücksichtigen. Das Ruhegeld wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Anrechnungseinkommen das fürsorgefreie Einkommen übersteigt. Eine Kürzung tritt aber nur insoweit ein, als Ruhegeld und Anrechnungseinkommen 7000 RM im Jahre übersteigt. Die Kürzungsbeträge erhöhen sich für jedes Kind noch um weitere 600 RM. Außerdem bleibt das Anrechnungseinkommen bis zu 4000 RM jährlich fürsorgefrei. Unveränderte Annahme fand die Bestimmung, daß auf Ruhegeldteile, die einem im Dienstkräftigen entlassenen Beamten zugesprochen sind, die Rente der Sozialversicherung insoweit angerechnet werden soll, als sie auf der Nachzahlung gemäß § 18 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder § 12, 12a der Reichsversicherungsordnung beruht. Die übrigen Bestimmungen über die Ruhegeldkürzung wurden im wesentlichen unverändert angenommen. Neu ist die Bestimmung, wonach jeder Ruhe-

gedempänger, der ein Einkommen aus einer Wiedererwerbempfang im öffentlichen Dienst oder ein Anrechnungseinkommen oder ein neues Rubgebeil bezieht, verpflichtet ist innerhalb eines Monats den Betrag eines solchen Einkommens sowie spätere Erhöhungen des Einkommens anzugeben. Dies gilt auch für Witwen und Waisen sowie für Versorgungsberechtigete.

Reichsgericht und Uniformverbot.

Leipzig, 1. Dezember.

Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen vier Nationalsozialisten, die in Moers wegen Verstoßes gegen eine Verordnung des rheinischen Oberpräsidenten über das Verbot des Tragens von Paradeuniformen zu einer Geldstrafe verurteilt worden waren. In der Verhandlung äußerte die Reichsanwaltschaft Bedenken gegen die erwähnte Verordnung, die den Rahmen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 übergriffe. Daneben, so betonte die Reichsanwaltschaft, habe die Verordnung des rheinischen Oberpräsidenten Begriff und Umfang des Uniformverbots nicht klar genug gekennzeichnet.

Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich teilweise dieser Auffassung an und erkannte auf Freispruch. Der Senat betonte dabei, die Verordnung des rheinischen Oberpräsidenten werde durch die erwähnte Verordnung des Reichspräsidenten in keiner Weise gebedt.

Berliner Uniformverbot bleibt bestehen.

Zurück die Presse geht verächtlich über die Nachricht, daß der 3. Strafsenat des Reichsgerichts ein vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassenes Verbot des Tragens politischer Abzeichen für die NSDAP als rechtmäßig bezeichnet habe. Das in Frage kommende Urteil ist nämlich noch nicht bekannt, betrifft aber, wie aus den Presseberichten zu schließen ist, einen Sonderfall. Der Berliner Reichspräsident weist deshalb darauf hin, daß das von ihm am 9. April 1931 erlassene Uniformverbot für die NSDAP in keiner Weise durch die in Frage kommende Reichsgerichtsentscheidung berührt und daß das Verbot weiterhin mit allem Nachdruck durchzuführen wird.

NSDAP zum Fall Hessen.

Die Verfasser des Dokuments von parteiamtlicher Tätigkeit suspendiert.

München, 2. Dezember.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung der NSDAP hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, von Davidson, Stangnoga und Wessling bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme zu dieser Angelegenheit bezieht sich der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwalts vor.

Der Kampf um die Zukunft.

Eine Rede des Geheimrat Kallf.

Magdeburg, 2. Dezember.

Auf einer Jubiläumstagung des Magdeburger Wirtschaftsverbandes sprach Geheimrat Kallf vom Reichsverband der Deutschen Industrie über den „Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft“. Die Krisis habe sich innerwirtschaftlich wie auch international zu zeigen, daß jede falsche innerstaatliche oder internationale Schrittmacher auf lange Dauer verhängnisvoll auswirken müsse.

Deutschland lie selbstverständlich gewillt, seinen privaten ausländischen Verbindlichkeiten nachzukommen. Wenn das Ausland das notwendige Vertrauen bewiese, dann brauche es um den Bestand seiner Forderungen nicht besorgt zu sein.

Das andere große internationale Problem, das dringend einer endgültigen Lösung bedürfe, lie die Reparationsfrage. Der jetzt in Basel zusammengetretene Sonderausschuß der BRG müsse unbedingt daran antizipieren, daß die mangelnde Leistungsfähigkeit Deutschlands auch schon von den Befehlern des Hauptplanes von vornherein in Rechnung gestellt worden ist.

Es wäre unerträglich, wenn jetzt wieder nur irgendein friedliebendes Provisorium zustande käme.

Wegen des Problems der innerdeutschen Wirtschaftsgestaltung erklärte der Vortragende, es lie völlig verfehlt, in der heutigen Zeit alles von „Ratenlösungen“ zu erwarten, vielmehr lie der einzige richtige Weg, die unau-

bleiblichen Forderungen aus der Lebenshaltung und der dementsprechenden Bekämpfung Deutschlands so schnell wie möglich in einer Form zu ziehen, die zu einer Anpassung der Erzeugungsbedingungen an die neuen Verhältnisse führe.

Im Mittelpunkt der praktischen Wirtschaftspolitik stehen dementsprechend die Aufgaben der Produktionssteigerung, um die Wirtschaft wieder arbeitsfähig und auch gegenüber dem Auslande wettbewerbsfähig zu machen.

Wenn eine Wirtschaftspolitik, Finanz- und Sozialpolitik der „festen Hand“ eingehalten würde, die auf den Gesichtspunkten äußerster Sparsamkeit und folgerichtiger wirtschaftlicher Vernunft aufgebaut lie, dann werde es auch gelingen, die deutsche Währung stabil zu erhalten. Eine Nachabmung des englischen Beispiels lehnte Kallf entschieden ab.

Birtenfelder Landesausschufwahlren.

Das amtliche Gesamtergebnis.

Es erhielten nach dem amtlichen Gesamtergebnis bei den Wahlen zum Landesausschuß in Birtenfeld:

Sozialdemokraten 3352 Stimmen (bei der Reichstagswahl 1930: 6357 Stimmen); Die deutsche Landesausschufwahl im Jahr 1928: 6 Mandate; Sozialistische Arbeiterpartei 347 Stimmen, 0 Mandate; Zentrum 3793 (3710) Stimmen, 4 (5) Mandate; Kommunisten 2982 (1870) Stimmen, 3 (1) Mandate; Bürgerliche Wirtschaftsoereinigung Oberstein 780 Stimmen, 0 Mandate; Bürgerliche Ciste Ober 920 Stimmen, 1 Mandat; Landliche Wegand-Engel 1867 Stimmen, 2 Mandate. Die drei letzten Parteien erhielten bei der Reichstagswahl zusammen 6024 Stimmen, und im letzten Landesausschuf hatten lie 11 Sitze. Sozialistische 208 Stimmen, 0 Mandate; Nationalsozialisten 1544 (5885) Stimmen, 12 (1) Mandate; Deutsche Staatspartei 640 (925) Stimmen, 0 (1) Mandate.

Zahl der Stimmberechtigten 36 031; Abgegebene Stimmen 26 825; Wahlbeteiligung 75 Prozent. Das Hauptmerkmal der Wahlen ist der gewaltige Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten, die eine Zunahme um rund 100 Prozent zu verzeichnen haben und nur um einen geringen Prozentsatz hinter der absoluten Mehrheit zurückbleiben.

Die Nationalsozialisten erlangen von den 25 zu vergebenden Mandaten nicht weniger als 12. Die Sozialdemokraten verlieren 3, die Landliche 4, die vereinigten Bürgerliche 4 Mandate und das Zentrum 1 Mandat. Die Staatspartei lie im Landesausschuf jetzt überhaupt nicht mehr vertreten. Gewonnen haben außer den Nationalsozialisten nur noch die Kommunisten, und zwar 2 Mandate.

Landins Reise.

England und die kurzfristigen Kredite.

Paris, 1. Dezember.

Die französische Presse bezieht die Besprechungen, die Finanzminister Landin in London geführt hat, als den Beginn sehr wichtiger und langwieriger Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung.

Diese Verhandlungen würden folgende drei Punkte betreffen: 1. die Frage der Zolltarife, besonders für englische Rohle, französische Früchte und Frühlumiere; 2. die Frage der Reparationen, Kriegsschulden und kurzfristigen, Deutschn und gewährten Kredite; 3. die eventuelle Stabilisierung des Pfundes.

Zu der Frage der kurzfristigen Kredite wird auf eine von Baldwin am 18. November abgegebene Erklärung hingewiesen, daß diesen Krediten Deutschlands Reparationsverpflichtungen gegenüber stehen müßten. Seit dieser Erklärung jedoch hätten die Engländer die Franzosen davon zu überzeugen versucht, daß die Hauptfrage nicht die des Vorrechtes einer politischen oder einer Handelschuld lie, sondern sie der praktischen Möglichkeiten, den deutschen Kredit wieder zu geben.

Die Engländer gäben zu verstehen, daß man, ohne Anfüng von geldnehmer Priorität zu sprechen, die Reparations- und handelschulden Deutschlands auf dem Fuße der Gleichheit würde behandeln können.

Ständins Geschof.

Neuer Stutz des englischen Pfundes.

Die Devisenmotorordnungen bedeuten für England wirtschaftliches Prestige durch den neuen Einbruch in die Festigkeit seiner Währung einen schwarzen Tag fröhlichster Ordnung.

„Es ist so still hier“, sagte sie jetzt. „Bewohnt denn außer mir niemand diesen Flügel?“

„Doch, doch, der gnädige Herr Graf wohnt hier, gerade unter Ihnen.“

„Von dem man sagt, daß er —“ entfuhr es ihr wider Willen, aber sie hielt mitten im Satz und wurde rot.

„Wissen Sie das schon?“ fragte die Wamiell erkaunt, fast ärgerlich. „Hat der Stationsvorsteher etwa wieder geschwätzt?“

„Nein, nein, nicht der — — ein Zufall lieh es mich hören.“

Die Züge der Wamiell wurden ernst. „Liebes Fräulein, was man auch reden mag, Sie dürfen darauf nicht hören. Man redet viel, doch lieh's geliegt — aber — ich sage Ihnen, es ist nicht wahr, was die Leute sagen. Der gnädige Herr Graf ist ebenlo klar wie Sie und ich und dazu ein lieber, guter Herr, nur ein bißel verschlossen, sonderbar zuweilen — immer einjam für sich — immer studierend über seine Bücher. Der stört Sie nicht und Sie werden ihm auch kaum je begegnen. Er geht nur spät abends oder früh morgens, wenn noch alles schläft, aus.“

„Saben die anderen Erzieherinnen auch in diesem Zimmer gewohnt?“ fragte sie weiter.

„Nein, his jetzt nicht, sondern neben der gnädigen Komtesse Schloßmutter, doch jetzt hat Komtesse Gerda das Zimmer bekommen und es war kein anderer Platz mehr frei. — Sie fürchten sich doch nicht hier allein?“

„Nein, nein, ich hätte mich nicht.“

„Freilich, so sehen's halt auch nicht aus“, erwiderte die Alte mit einem zärtlichen Bild auf Mies Gesicht.

„Sie haben so ein liebes Gesichtel — mir tät's in der Seele weh, wenn — es Ihnen hier nicht gefallen, wenn —“ sie hielt, als fürchtete sie, schon zuviel gesagt zu haben. „Sie sehen sehr stark und mutig aus und schämmer alles ist auch noch die alte Wamiell da“, sagte sie dann schnell hinzu.

Die katastrophale Umwertung des englischen Pfundes, die in Zusammenhang mit den Abgaben der Bank von Frankreich gebracht wird, legte sich in verstärktem Tempo fort.

Der Dollar, der am Montag aus London mit 3,41 1/2 gemeldet wurde, war mit 3,27 bis 3,29 zu hören, was einem Markkurs von 13,90 RM für ein englisches Pfund gegenüber einer gelgigen amtlichen Berliner Notiz von 14,75 RM entsprechen würde.

Da Flandin mit leeren Händen aus London heimgekehrt ist, hat die Londoner Börse prompt die Wirkung der Nichtstimmung zu spüren bekommen, die diese vergebliche Reise in Paris ausgelöst hat. Die Montagsbörse in London machte außerordentlich hohe Absätze, die ganz offensichtlich nicht nur von Briten, sondern im wesentlichen von der Bank von Frankreich getätigt wurden, und die höchst eindeutig zeigen, daß Frankreich durch eine neue Erhöhung des Pfundes London unter Druck zu legen versucht. Man will auf diese Weise den englischen Plan durchkreuzen, der dahin geht, daß das Pfund sich unbeeinträchtigt von früheren Vorgängen liehe neue Basis finden soll, und man vermag da auf der anderen Seite auch die Engländer nicht geneigt lie, ihre Aufstellungen zu korrigieren, eine Angleichung nicht zu erreichen war. Das gilt besonders für die französischen Ablehnung der englischen Teile, daß die Handelschulden den Vortrag von den Reparationsverpflichtungen haben müßten; die englischen Staatsmänner haben sich noch einmal eindringlich bemüht, dem französischen Finanzminister die Befürchtungen verständlich zu machen, die lie in better Kenntnis der Zwangslagen von der Durchlegung des französischen Verlangens nach Priorität der Reparationen ableiten, aber Flandin ist unüberlehrbar geblieben. Dagegen haben die Engländer dem französischen Wunsch auf eine beschleunigte und möglichst hohe Stabilisierung des Pfundes lieh geneigtes Ohr geliehen, sie wollen nicht auf die Vorteile verzichten, die lie sich wirtschaftlich von der Entwertung des Pfundes versprechen, die lie wollen auch aus politischen Erwägen nach Angleichung die Frage der Stabilisierung so lange in der Schwebe lassen, bis der ganze Komplex der Kriegsschulden und Reparationen getätigt ist.

Dressempfang bei Flandin.

Finanzminister Flandin hat nach Rückkehr von seiner Englandreise die französische Presse empfangen und eine Reihe lie an sich nur ein abläufiges Gespräch gehalten. Bei seinen Unterredungen mit dem englischen Außenminister Sir John Simon und Handelsminister Runciman und dem Schatzkanzler Neville Chamberlain habe er allerdings die aktuellen Fragen beprochen, sich aber dabei keineswegs mit der Frage der Zolltarife beschäftigt, denn diese Frage gehöre ausschließlich in den Bereich des handelsministerlichen Hofes. Er habe sich davon überzeugt, daß es notwendig lie, französischerseits die englischerseits Verhandlungen zu unternehmen, um hergliche Beziehungen und eine effektive Zusammenarbeit herzustellen. Ob das möglich lie, wisse er nicht.

England und Frankreich hätten abweichende Ansichten über gewisse wichtige Probleme wie Schulden, Kredite, Zolltarife, Reparationen usw., aber er sei der Ansicht, daß Frankreich alles tun müße, was ihm möglich lie, um diese Meinungsunterschiede im höheren Interesse der beiden Länder zu überbrücken.

Das deutsche Problem.

Englische und französische Auffassungen.

Flandins Londoner Besuch bildet immer noch das Hauptgespräch der englischen Politiker und gibt die meisten Anregungen für die Presse. Das Hauptproblem der Erörterung war die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Nach britischer Ansicht hat der Anspruch auf Rückzahlung der kommerziellen Schulden Deutschlands einen zeitlichen Vorzug gegenüber dem Anspruch auf Reparationszahlungen.

Die gegenwärtig in Deutschland eingefrorenen Kredite sind im Februar fällig, die Reparationsanforderungen teilweisefalls vor

JLSE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchert

22. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Aber Sie tragen ja noch immer Ihre Talsche — — Franz, Franz!“ rief die Wamiell in den Gang hinein. Sofort eilte ein Diener herbei: „Hier, trage dem Fräulein die Talsche auf ihr Zimmer, linker Flügel, zweiter Etod, das dritte Zimmer rechts.“

Der linke Flügel? Sollte der verrückte Graf diesen nicht allein bewohnen, wie lie von den Frauen im Wartesaal zu R. — gehört hatte? — Die drei Geboden beschäftigte lie, während lie der Wamiell über den Hof, in den Hauptgang des Schlosses zwei Treppen hinauf und durch enolke Gänge folgte. Endlich schloß die Wamiell eine Tür auf und lieh sie einreten.

„Das hier ist Ihr Zimmer; lassen Sie es sich wohl darin lieh.“

Bei diesen Worten zündete die Wamiell eine Lampe an und breitete ein weißes Tuch auf dem Tische aus.

„Ne warf einen forschenden Blick durch den Raum. Die Einrichtung lag an Einfachheit nichts zu wünschen übrig, aber es lieh behaglich und wohnlich aus und das war schon viel wert. Sie trat jetzt an den Tisch zu der Wamiell zurück und diese warf einen forschenden Blick auf ihr Gesicht. Gleich darauf flog ein mitleidiges Lächeln über deren Züge.

„Schade um das Mädel, dachte lie. Die wäre zu etwas Besserm geboren, als der Ableiter für die Launen unserer Gnädigen und der Kontesse zu sein. Laut sagte lie freundlich:

„Ich werde Ihnen sogleich Tee und Aufschnitt heraufschicken. Sie werden hungern sein. Dann können Sie sich, wenn Sie wollen, zu Bett legen. Wir haben Gesellschaft und die gnädige Gräfin empfängt Sie heute nicht mehr.“



Die Jagd im Dezember.

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Ueberall regen sich liebe Hände, beschäftigen sich ernste Gedanken, um den Lieben auch in diesem Notjahr eine Freude zu bereiten. Vergiß über all diesem löblichen Tun, lieber Weidmann, dein Wild nicht, schütze auch ihm deine Gaben, auch dort, wo der Winter bis jetzt nicht hingekommen ist kein Mensch kann wissen, was der heimtückische Gefell uns noch bringen wird, uns und unserem Wilde. Noch der Nachwinter 1931 hat uns eine Probe davon gegeben, wie ein anfänglich harmlos sich gebender Winter zu einem grausamen Qualgeist werden kann zu einer Zeit, wo man ihn längst über allen Bergen glaubte.

Jagdlich bildet der Dezember der Jul der Alten, den Abschluß der Erntezeit. Die Rebhühner haben zwar Schonzeit, aber fast überall dürfen Jägalen noch besagt werden und bilden in gutbesetzten Reviere häufig den Gegenstand froher Gesellschaften. Enten sind auch noch freigegeben und werden an eisfreien Bachläufen und an warmen Stellen anderer Gewässer gern angepörscht, eine Kunst, die allerdings nicht jeder versteht, denn die Ente, auch die sonst so zutrauliche „Stadiente“, ist jetzt draußen ein überaus scheuer Vogel, der ein außerordentlich feines Gehör und auf jeder Feder ein „Auges“ hat. Im Mittelpunkt des Interesses aber steht im Dezember immer noch der Hase, der allerdings, soweit man das aus den bisher vorliegenden Nachrichten übersehen kann, vielfach enttäuscht hat. Immer wieder fragen sich die Jäger, wo in aller Welt die vielen Hasen geblieben sind, die man im Hochsommer gesehen und die man noch in der ersten Zeit der Hühnerjagd hochgemacht hat. Mit dem guten Jalenjahr ist es also durchwegs nichts, und deshalb überlegt es sich mancher Reviereinhaber, ob er die für den Jul angelegte Treibjagd auch wirklich abhalten soll.

Wo es mit der Treibjagd nichts ist, werden noch einige Krumme auf der Suche geflossen, und dann macht man eben Schluß. Dann wird es höchstwahrscheinlich im nächsten Jahr mit dem Jalenbelag besser aussehen; für einen guten Nachwuchs ist ja dann die richtige Voraussetzung gegeben, vorausgesetzt, daß keine Seuche unter den Krummen

ausgebrochen ist. Diese Befürchtung ist nämlich bereits laut geworden, sie entbehrt jedoch vorläufig noch jeder Begründung, weil die wissenschaftlichen Institute bisher nichts Verdächtiges festgestellt haben. Findet aber der Jäger im Reviere eingegangene Hasen, dann tut er gut daran, sie solchen Instituten einzuliefern. Der kluge Mann baut vor!

Im Dezember ist ferner noch Abschlußzeit gegeben auf weißliches Rot- und Damwild und auf Wildkatzen. Letztere sind auch die Hirsche noch frei, aber die läßt man jetzt in Ruhe, wenn es sich nicht um ausgesprochene Abschlußkandidaten oder um Schädliche handelt, denen man bisher nicht bekommen konnte. Aber auch lo ist im Jul noch Gelegenheit zur hohen Jagd, denn das Schwarzwild raucht und die Gemien stehen in der Brunnst. Glückliche die, die noch auf Bartgams weidwerken dürfen im winterlichen Hochgebirg, und glücklich die, denen es vergönnt ist, dem wehrhaften Baffen dann, wenn ihn die Liebe packt, die Kugel anzutragen. Die Kugel, denn der Schroßfuß auf das urige Schwarzwild ist auch dort, wo er noch nicht verboten ist, gemeine Kasjäger, die durch nichts zu entschuldigen ist!

Reich ist für den Jäger der Monat Dezember, reich an jägerischen Freuden, reich an begerlichen Pflichten. Aber leicht ist des Weidmanns Wirken auch nicht immer, namentlich dann nicht, wenn Frau Holle allzu freigebig ihre unerwünschten Gaben spendet.

Unsere Spielwaren - Ausstellung

nur Markt 3

ist eröffnet und enthält auch in diesem Jahre eine ganz besonders reichhaltige Auswahl in

Spielsachen jeder Art

Alles, was Kindern Freude bereitet, vom Kleinsten bis zum Größten, finden Sie bei uns in großer Auswahl und zu denkbar billigsten Preisen. Bitte besichtigen Sie unsere Ausstellung. Warten Sie jedoch nicht bis kurz vor dem Fest!

Richard Arnold :-: Kemberg

An den 3 Sonntagen vor Weihnachten von 11 bis 18 Uhr geöffnet.



Die größte Freude bereiten zum Weihnachtsfest stets selbstangefertigte hübsche

Handarbeiten

Vorgezeichnete und angefangene Handarbeiten jeder Art, sowie sämtliche Handarbeits- und Stickereimaterialien, Handarbeitswollen und -Seiden erhalten Sie zu billigen Preisen und in gutsortierter, Auswahl bei

R. Arnold, Kemberg, Markt 3

Ab heute:
Herrensohlen 2,25 RM
Damensohlen 1,75 „
Besohl-Anstalt Krömer,
Wittenberger Straße

Sämtliche Artikel zur Kinder- und Krankenpflege sowie alle Sorten Kräuter und Tees gegen Rheuma, Husten, Nieren- und Blasenkrankheiten erhalten Sie in der Fach-Drogerie Paul Hennig

Für die langen Winterabende bringe ich meine

Leihbibliothek

in empfehlende Erinnerung. Richard Arnold, Leipziger Straße

Jetzt

können Sie auch

mit **Sinte** durchschreiben!

Auskunft erteilt

Richard Arnold, Buchhandlung

Prima junges
Färsefleisch
fr. Flecke u. Leber
empfiehlt H. Krausemann
Verkaufe ab Freitag mittag

pa. Rindfleisch
Pfd. 60 u. 80 Pfg.
Walter Bartels, Mühle Rotta

Prima
Maß-Gänse
frischgeschossene Hasen
Reh

brauerfertig, auch geteilt
sowie reichhaltiges Lager von
ff. weißen Gänse-Federn
bei

Arthur Thamm, Bergwitz
- Fernruf 289 -

Steil



Rum

ist der Beste!

Wagenfett

Staufferfett

Lederfett

Lederlad

Motoröle

empfiehlt Wwe. W. Becker

Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr
im Hotel **Blauer Hecht**

Bunter Abend

zum Besten der Kemberger Winternothilfe

ausgeführt von
der Pinterf'schen Kapelle, dem Kantorei-Männer-Gesangverein,
Frauendorf und Männer-Turn-Verein
Der Gesantrtrag wird der Kemberger Winter-
nothilfe zur Verfügung gestellt
Eintritt: 50 Pfg., im Vorverkauf 40 Pfg. (ab Dienstag in der Buch-
handlung Richard Arnold, Markt)
Um recht zahlreiche Beteiligung der Bürgerschaft wird herzlich gebeten



Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag, den 6. Dezember,

abends 8 Uhr

Kapitän Zinde kommt wieder!

Er bringt seinen neuen prächtigen

Expeditionsfilm

Durch Norwegens Fjorde

nach Spitzbergen und ins

Polarreis

dazu der hochinteressante, mit frischfröhlichem Seemannsbumor gewürzte

Vortrag des Kap. Zinde im Vesperprogramm

Der lustige Schiffsjungenfilm

Wer einige genußreiche anregende Stunden erleben will, besuche diese

einzigartige Veranschauligung. **Jugendliche haben Zutritt.**

Eintrittspreise: 60 Pf., 80 Pf., 1.- RM.

Nachmittags 4 Uhr: **große Jugendvorstellung**

Zur

honigtuden-Bäckerei

empfehle meine

frischen Gewürze

Rezept hier erhältlich

Markt-Drogerie

Paul Hennig

Gerstenschrot

sehr preiswert, empfehle

Thiele, Mühle Gaditz

Adventskerzen

Baumlichte „nicht tropfend“

Glasschmud

Lametta - Feenhaar

erhalten Sie preiswert in der

Markt-Drogerie

Die über Fr. J. Meier

ausgesprochene Beleidigung

nehme ich hiermit als un-

wahr reuenoll zurück.

F. Appelt.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und Musikisches Unterhaltungsblatt. / Bezugspreis: Monatlich für Subskribenten 1,25 M. durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeile für 10 Tage 15 Pfg., die 3spaltige 10 Pfg., die 2spaltige 8 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Donnerstag, den 3. Dezember 1931

33. Jahrg.

Schuldendebatte und Abrüstung.

Zur gleichen Zeit als die französische Kammer — in Abwesenheit des Außenministers, der am mandatorischen Kompromiß arbeitete — über die französische Außenpolitik debattierte, lagte im Saal der Völkerbundsorganisation für geistige Zusammenarbeit der große internationale Abrüstungskongreß, der auf jener denkwürdigen Vorbereidung deutscher, französischer, italienischer, englischer und belgischer Politiker Ende Juli vorbereitet wurde. Dieser Kongreß sollte nicht die Regierungen, die oft genug in Genuß ihre Stimme zur Abrüstungsfrage erhoben und durch die Ausarbeitung des bekannten, abrüstungsfeindlichen Abkommens bisher in ihrer Wehrzahl leider gegen die Abrüstung gehalten haben, sondern die Völker — durch den Mund der Parlamentarier — zu Wort kommen lassen. Er fand in Paris statt, weil jene Verantwortlichen glaubten, daß gerade Frankreich die Stimme der Welt in der Abrüstungsfrage hören müsse. „Der 26. und 27. November müssen zur Erziehung der französischen Öffentlichkeit beitragen.“

Dieser Wunsch ist nur zu einem bescheidenen Teil in Erfüllung gegangen. Die französische Öffentlichkeit hat sich, das muß leider gesagt werden, stark von diesem Kongreß zurückgezogen, wenn sie ihn nicht willig bejubelt oder, wie gewisse Elemente über der großen Schlußkundgebung in „Troadero“, direkt gehöhnt hat. Sein Wiederhall in der französischen Presse war ungleich geringer, als etwa in der deutschen und der englischen. Die Parole, den Kongreß — wenn nicht anzugreifen, so wenigstens totzuschweigen — scheint, vielleicht von Kreisen des Generalstabes, ausgegeben worden zu sein, und ist auch von einem Teil der Presse befolgt worden. Daß für die Rundfunkübertragung der großen Schlußfeier nur der einzige Sender, Paris WZ (er ist 1 Kilometer stark) und nicht die übrigen, viel weitertragenden Pariser Sender gewählt worden war, scheint ebenfalls in dieser Richtung zu deuten. Daß der Kongreß selber kein einheitliches Bild bieten konnte, war von vorn herein klar, da hier nicht der großen Schlußkundgebung, sondern der Abrüstungsfrage selbst der Mittelpunkt gründen sollte. Die Abrüstungsfrage selbst ist nicht nur einander gegenübergehende Meinungen zu Wort kamen. Freilich konnte man nicht voraussehen, daß ein Mann wie Painlevé derart eindeutig den Standpunkt der französischen Generalstabes und Maginots vertreten werde, wie ihm der junge Pierre Cot selber französischer Abgeordneter, belgische — und noch weniger die bedeutende und lärmfähige organisierte Störung der großen Kundgebung im Troadero, die sogar ein zeitweiliges Unterbrechung notwendig machte.

Demnach wird diese Kundgebung für die Abrüstung ihre Bedeutung und ihren Wert behalten. So klar wie hier ist noch nie in Paris ausgeprochen worden, daß die überwiegende Mehrheit des europäischen Kontinents, und mit ihm: der ganzen Welt, die allgemeine, sofortige und gleichzeitige Abrüstung verlangt. Der leidenschaftliche Appell der deutschen Frau Vidlers, die sich an die Frauen der ganzen Welt richtete und verlangte, daß endlich einmal mit der „moralischen Verdrängung ganzer Völker“ ein Ende gemacht werde — die große, ehrliche und zugleich in ihrer Argumentierung sehr geschickte Rede des deutschen Professorenschreibers, die vielleicht der Höhepunkt der ganzen Tagung, die Notwendigkeit der Abrüstung für den Völkerbund, und die Gleichberechtigung aller Staaten, die Befreiung des Unrechts der „Staaten zweierlei Rechts“ in Rüstungsfragen als Voraussetzung für den Erfolg der Abrüstungskonferenz aufzählte — die Mahnungen des Holländers Limburg, des Italieners Coriello, ebenso wie die überraschende Feststellung des Belgiers Nolfin, daß alle Staaten in der Abrüstungsfrage das Recht auf völlige Gleichstellung haben, — alle diese Einzelheiten geben dem Pariser Kongreß über das Propagandistilche hinaus eine politische Bedeutung. Verpflichtet er auch nicht die Regierungen, so wird das, was hier gesagt worden ist, doch zumindest von den Regierungen beachtet werden müssen.

War der Kongreß ein „guter Luftakt“ für die Abrüstungskonferenz? Diese Frage kann man nicht uneingeschränkt bejahen, auch wenn man von der mehr als lobenswerten Haltung eines Teiles der französischen „öffentlichen Meinung“ einmal abliest. Denn während der Kongreß, mit Ausnahme gewisser französischer Redner wie Painlevé und Herriot, die Abrüstung — sofort und gleichmäßig — verlangte, sprach der französische Ministerpräsident vor der Kammer über die französische Außenpolitik, ohne das Wort „Abrüstung“ auch nur zu erwähnen; und auch in der nachfolgenden, höchst aufschlußreichen Aussprache wurde kaum über die Abrüstungsfrage gesprochen. Sowohl die Begriffe auf dem Abrüstungskongreß zwischen Painlevé — Herriot und der Mehrzahl der Delegierten, als auch dieses Nebeneinander einer internationalen Abrüstungsfrage und einer außenpolitischen Kammerdebatte, welche das Abrüstungsproblem vollkommen ignoriert, sind ein Zeichen dafür, daß sich die Dinge mehr und mehr auf eine schicksalsschwere Isolierung Frankreichs und seiner kleinen europäischen Gesellschafft in der Abrüstungsfrage zuspitzen. Frankreich geht mit der unangehörigen Verantwortung auf die Abrüstungskonferenz, daß seine Haltung für das Gelingen oder Scheitern dieser wichtigsten Nachkriegszusammenkunft entscheidend ist. Die letzten Tage lehren jedoch, daß man die Verantwortung in Paris, jedenfalls bei den amtlichen Leitern der französischen Politik, noch nicht erkannt hat.

Von der Abrüstung ist in der außenpolitischen Debatte der Kammer kaum gesprochen worden; dafür ist jedoch ein Wort gefallen, das uns als eine gefährliche Befragung der kommenden Reparations- und Stillhaltungsverhandlungen erscheint, und das auf eine geradezu verhängnisvolle Latenz der französischen Unterhändler schließen läßt. Dieses Wort, das bisher der deutschen Presse völlig entgangen ist, stammt von Laosa selbst. Er antwortete nämlich auf eine Rede Leon Bluma: „Wie ich hörte, haben einige Redner die Bedeutung der deutschen Auslandsaufgaben unterstrichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die privaten Gläubiger Deutschlands in dieser Richtung eine Lösung für die Frage der privaten deutschen Schulden finden werden.“ (1)

Wenn diese Bemerkung Laosas nicht nur ein fälschlich hingeworfenes Wort — was bei der Wichtigkeit des Gegenstandes kaum anzunehmen ist — sondern eine Direktive für die kommenden Verhandlungen sein soll, so kann man allerdings für die nächste Zukunft und die Verhandlungsbereitschaft Frankreichs die düstersten Voraussetzungen machen.

„Verkrüppelung“ des Handels.

Amerikanische Bank über die kurzfristigen Kredite. London, 2. Dezember.

In der monatlichen Überfahrt der National City Bank of New York heißt es über die kurzfristigen deutschen Kredite, daß von einer Priorität der Kredite gegenüber den Reparationen oder umgekehrt keine Rede sein könne.

Die deutsche Industrie sei für ihren laufenden Bedarf ständig auf kurzfristige Kredite angewiesen. Die fremden Finanzzentren deckten diesen deutschen Bedarf in sehr beträchtlicher Weise.

Diese Transaktionen bedeuten keinen Nachteil für die übrigen kurzfristigen Gläubiger Deutschlands, da sie auch einem Teil des deutschen Wirtschaftslebens zugute kämen. Es liege aber auf der Hand, daß die fremden Geldgeber ihre Geschäfte nach eigenem Ermessen vornehmen müssen. Die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel könnten nur für kurzfristige sich selbst liquidierende Kredite verwendet werden.

Wenn man behaupten würde, daß solche Kredite den langfristigen Krediten innewerdend oder in langfristige Anleihen verwandelt werden müßten, so würde dies bedeuten, daß kurzfristige Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die Wirkung würde dann sein, den deutschen Handel zum Nachteil aller Gläubiger zu verkrüppeln.

Steuererhöhungen untragbar.

Eine Kundgebung der westdeutschen Wirtschaft. Düsseldorf, 2. Dezember.

Die Organisationen der westdeutschen Wirtschaft weisen in einer Mitteilung an den Kaiser mit Entschiedenheit jede Abfertigung, die Verringerung des Steueraufkommens durch Steuererhöhungen auszugleichen, Steuererhöhungen gleichmäßig für die überlastete Wirtschaft nicht mehr tragbar. Gegen jegliche Herausforderung der Umsatzsteuer spricht auch die Tatsache, daß dadurch die von der Reichsregierung angebotene Senkung des Preisniveaus in höchstem Maße gefährdet wird. Verlangt werden müsse jedoch die Einführung einer Einkommensteuern-Umsatzsteuer etwa nach französischem Vorbild unter Schonung des deutschen Einkommensteuersystems.



Neue Maispreise ab 1. Dezember.

Berlin, 2. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat beschlossen, die Monopolverkaufspreise für Mais wie folgt festzusetzen:

Für Donaumais auf 155 (bisher 180) RM je Tonne, und für West- oder anderen Mais auf 160 (195) RM je Tonne. Diese Preise gelten für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 16. Januar 1932 einschließlich.

Bei der Neuordnung der Futtergetreidepreise, die am 1. Dezember d. J. in Kraft getreten ist, hat die Reichsregierung in entscheidender Weise darauf Rücksicht genommen, daß der Einfuhrbedarf Deutschlands an Futtergetreide in diesem Jahr größer ist als im vergangenen, und daß die Futtergetreideerzeugung der deutschen Tierhaltungen auf einer Preisbasis erfolgen muß, die einer Verfrüchtigung im Roggen entgegengerichtet. Die letzten Ertragungen mußten nachgehend sein für die Neueinführung der Monopolverkaufspreise für Mais, die ebenfalls am 1. Dezember d. J. erfolgt ist.

So ist erreicht, daß bei der Gesamtregelung der Preispolitik für Futtergetreide ab das Bedürfnis gedeckt wird, den Roggen so weit wie irgend möglich der menschlichen Ernährung vorzubehalten, und daß die Verringerung des kurzzeitig überflüssigen Schweinebestandes einen Verlauf nimmt, der im Interesse einer geländeren Preisgestaltung am Schweinemarkt liegt.

Luther über die Devisenlage.

Seit 31. Juli über eine Milliarde zurückgezahlt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther machte einem amerikanischen Pressevertreter wichtige Mitteilungen über die deutsche Devisenlage. Die unmittelbare Entlastung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank erfolgte zum größten Teil aus den vielen Ausnahmen und Rüden des sogenannten Stillhalteabkommens. Die Kreditrückzahlungen betragen vom 31. Juli bis Mitte November erheblich mehr als eine Milliarde RM. Ohne diese Kreditrückzahlungen hätte die Reichsbank statt eines Devisenverlustes von 210 Mill. RM. einen Zugang von 210 Mill. RM. ausweisen können.

Darum wird deutlich, daß Deutschland in seinem Bekreben, das Aushalten zur vollen Erfüllung seiner Schuldverbindlichkeiten zu tun, zur Zeit keine Kräfte überbringt. Deutschlands guter Wille allein kann das Problem nicht lösen. Kein noch so günstiger Deviseneingang könnte auf die Dauer Kreditrückzahlungen im bisherigen Tempo möglich machen!

Verordnung über Zolländerungen.

Anwendung zweifelhafte Wirtschaftsabkommen. Berlin, 2. Dezember.

Auf Grund von Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzukunft des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,
 2. die vorläufige Anwendung zweifelhafte Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.
- Bestimmungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 1 ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Bestimmungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 2 ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Kürzungen von Ruhegeld.

Aus dem Haushaltsausgleich des Reichstages. Berlin, 2. Dezember.

Das Pensionsfürsorgegesetz im Entwurf der Reichsregierung war Gegenstand der Beratungen im Haushaltsausgleich des Reichstages. Angenommen wurde die Bestimmung des Entwurfs, nach der ein Ruhegeldempfänger, der im öffentlichen Dienst wiederbeschäftigt wird, sein Ruhegeld nur insoweit erhält, als das neue Einkommen hinter dem Dienstlohn zurückbleibt, aus dem sein Ruhegeld berechnet ist; es sind jedoch örtlich abgestufte Einkommensanteile mit den für die Art der Verwendung maßgebenden Sätzen zu berücksichtigen. Das Ruhegeld wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Anrechnungseinkommen das fürzungsfreie Einkommen übersteigt. Eine Kürzung tritt aber nur insoweit ein, als Ruhegeld und Anrechnungseinkommen 7000 RM im Jahre übersteigt. Die fürzungsfreien Beträge erhöhen sich für jedes Kind noch um weitere 600 RM. Außerdem bleibt das Anrechnungseinkommen bis zu 4000 RM jährlich fürzungsfrei. Unveränderte Annahme fand die Bestimmung, daß auf Ruhegeldteile, die einem im Dienstverhältnis entlassenen Beamten zugesprochen sind, die Rente der Sozialversicherung insoweit angerechnet werden soll, als sie auf der Nachzahlung gemäß § 18 des Angehörtenversicherungsgesetz oder § 12, 12a der Reichsversicherungsgesetz beruht. Die übrigen Bestimmungen über die Ruhegeldfürzung wurden im wesentlichen unverändert angenommen. Neu ist die Bestimmung, wonach jeder Ruhe-